



Medienmitteilung des Nein-Komitee zur Ernährungsinitiative vom 18. Juni 2026

Nein zur staatlichen Bevormundung und Vegan-Zwang

Am 27. September kommt die Ernährungsinitiative vors Volk. Das Nein-Komitee gegen die Ernährungsinitiative erklärte heute an einer Medienkonferenz in Bern, warum die Forderung nach einem Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent und die Umsetzung über staatliche Eingriffe in Konsum und Produktion kontraproduktiv sind.

Die Ernährungsinitiative will einen tiefgreifenden Umbau des Schweizer Ernährungssystems erzwingen. Der verlangte Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent liesse sich gemäss Bundesrat und Parlament nur mit einschneidenden Veränderungen in Produktion und Konsum erreichen. Im Zentrum steht die Abkehr von tierischen Lebensmitteln. Die Schweizerinnen und Schweizer sollen sich daheim, aber auch im Restaurant pflanzlich ernähren und die Landwirtschaft soll ihre Produktion darauf ausrichten. Vertreterinnen und Vertreter aus Landwirtschaft, Politik, Ernährungswirtschaft, Gewerbe, Berggebieten und Gastronomie warnten deshalb vor den weitreichenden Folgen der Vorlage.

SP-Ständerätin **Franziska Roth** bezeichnete die Initiative als «übertrieben, unnütz und ungerecht». Sie warnte insbesondere vor den sozialen Folgen: «Eine nachhaltige Ernährung darf nicht zum Privileg für Gutverdienende werden.» Höhere Lebensmittelpreise würden insbesondere Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen belasten.

Die grüne Nationalrätin **Christine Badertscher**, Vizepräsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, wies auf die Widersprüche der Vorlage hin: «Ohne unsere grasfressenden Kühe, Schafe oder Ziegen können wir mehr als zwei Drittel unserer Landwirtschaftsflächen nicht für die menschliche Ernährung nutzen», erklärte sie. Die Initiative gefährde damit die Nutzung von Berg- und Alpwirtschaftsflächen sowie wertvolle Kulturlandschaften.

Staatliche Ernährungslenkung ist zum Scheitern verurteilt

Eine «Mogelpackung», so nannte Nationalrätin **Céline Amaudruz**, Vizepräsidentin der SVP Schweiz die Vorlage. «Wer die inländische Produktion und die nachgelagerten Branchen schwächt, macht die Schweiz abhängiger vom Ausland.» Die Initiative gefährde damit genau jene Betriebe, welche die Versorgung der Bevölkerung heute sicherstellen.

«Wer Ernährungssicherheit will, muss die Menschen stärken, die täglich für unsere Ernährung sorgen.» Die geforderten Veränderungen seien weder wirtschaftlich noch praktisch umsetzbar. Sie würden das Produktionspotenzial der Schweizer Landwirtschaft schwächen», warnte **Markus Ritter**, Präsident des Schweizer Bauernverbands vor den Folgen für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe.

Fabio Regazzi, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, kritisiert die zusätzliche Bürokratie und die wachsende staatliche Bevormundung. «Die Schweiz fährt besser mit Freiheit und Eigenverantwortung als mit neuen Einschränkungen», sagte er. Die Initiative belaste zahlreiche KMU entlang der gesamten Lebensmittelkette – von der Verarbeitung bis zur Gastronomie.

Dies bestätigte Ständerätin **Petra Gössi**, Präsidentin der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial). Sie stellte klar: «Eine staatliche Ernährungslenkung ist zum Scheitern verurteilt.» Die Initiative schaffe neue Regulierungen, Unsicherheiten und handelspolitische Risiken, anstatt Innovation und Weiterentwicklung zu fördern.



Seite 2 | 2

GastroSuisse-Präsident **Beat Imhof** betonte seinerseits: «Die Initiative ist vielleicht gut gemeint, aber gefährlich. Sie bedroht Wahlfreiheit, Regionalität, kulinarische Vielfalt, Wirtschaftlichkeit, Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit.» Die Schweizer Gastronomie setze bereits heute auf regionale Produkte, saisonale Angebote und mehr Nachhaltigkeit – jedoch im Einklang mit den Bedürfnissen der Gäste.

Mehr Einkaufstourismus, statt mehr Versorgungssicherheit

Das Nein-Komitee ist sich einig: Die Ernährungsinitiative gefährdet die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten, indem sie diese zu einer hauptsächlich veganen Ernährung zwingen will. Sie schwäche damit die einheimische Produktion, verteuere Lebensmittel und kurble den Einkaufstourismus an. Deshalb empfiehlt das Komitee, die Ernährungsinitiative am 27. September abzulehnen.

Rückfragen:

Franziska Roth, Ständerätin SP, franziska.roth@parl.ch

Céline Amaudruz, Nationalrätin SVP & Vizepräsidentin der SVP Schweiz, celine.amaudruz@parl.ch

Petra Gössi, Ständerätin FDP & Präsidentin der Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien, petra.goessi@parl.ch, Mobile 079 347 88 71

Christine Badertscher Die Grünen, Nationalrätin & Vizepräsidentin der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, christine.badertscher@parl.ch

Beat Imhof, Präsident GastroSuisse, beat.imhof@gastrosuisse.ch, Mobile 079 773 29 15

Fabio Regazzi, Ständerat & Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgV, fabio.regazzi@parl.ch, Mobile 079 253 12 74

*Markus Ritter, Nationalrat & Präsident Schweizer Bauernverband, markus.ritter@parl.ch, Mobile 079 300 56 93
www.ernaehrungsinitiative-nein.ch*